

Südwärts

Informationen der SPD in der Kölner Südstadt

Ausgabe 1/2006 - Mai 2006

Liebe Leserin, lieber Leser,

alles neu macht der Mai. So auch beim SPD-Ortsverein in der Kölner Südstadt. Mit unserer ersten Ausgabe des „Südwärts“ möchten wir Sie von nun an regelmäßig über die Aktivitäten unseres Ortsvereins und über all das, was in und für die Südstadt zurzeit diskutiert wird, informieren. Die Themen unseres ersten „Südwärts“ reichen von den Problemen der Offenen Ganztagschulen bei uns im Veedel über die Entwicklungen im Kölner Stadtrat bis hin zu der Haushaltsvorlage im Landtag, die eine Mittelkürzung im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe vorsieht.

Über Rückmeldungen und Anregungen zu unserem neuen „Südwärts“ würden wir uns sehr freuen.

Jetzt aber erst einmal viel Spaß beim Lesen!

Ihr
Karl-Heinz Walter (Vorsitzender des Ortsvereins Südstadt)

Südstadt-SPD kritisiert geplante Busspur auf der Rheinuferstraße

Mit großer Skepsis betrachtet die SPD in der Kölner Südstadt den am 8. Mai im Verkehrsausschuss des stadtrats beschlossenen Pilotversuch, eine Busspur auf der Rheinuferstraße einzurichten. Vor allem den Zeitpunkt halten die Südstädter für unsinnig.

„Es macht überhaupt keinen Sinn den Versuch zum jetzigen Zeitpunkt durchzuführen. Ein leerer Bus fährt auf einer eigenen Spur an einem unfertigen und unbe-



wohnten Rheinauhafen vorbei und auf den anderen Spuren stauen sich die Autos“, wundert sich Jürgen Hufen, der die Südstadt in der Bezirksvertretung Innenstadt vertritt.

Zudem benutzen wegen des Baus der Nord-Süd-Stadtbahn viele Pendler im Moment die Strecke am Rhein, um die Bonner Straße zu meiden. „Das macht doch im Moment wirklich keinen Sinn und die Ergebnisse eines solchen Versuches haben überhaupt keinen Wert“, so Jürgen Hufen weiter.

Für völlig abwegig hält Hufen die Forderung der Grünen in Zukunft auch die Linien 132 und 133 auf der Rheinuferstraße fahren zu lassen. „Es

kann doch nicht sein, dass man die Südstadt und das Severinsviertel von der Altstadt abschneidet, nur weil die Grünen noch ein paar Busse für ihre Busspur brauchen", stellt Hufen verärgert fest. Die Linien werden vor allem auch von den Schülerinnen und Schülern aus dem Kölner Süden benötigt, um z.B. zum Humboldt- und Friedrich-Wilhelm-Gymnasium und zur Kaiserin-Augusta-Schule zu kommen. Aufgrund dieser ärgerlichen Entscheidungen im Stadtrat rät Jürgen Hufen seiner Ratsfraktion in Zukunft im Verkehrsbereich nicht alle Ideen der Grünen so unüberlegt mitzumachen.

Unterstützung der Volksinitiative „Jugend braucht Vertrauen“

Die SPD in der Südstadt setzt sich für die Beibehaltung der gesetzlich zugesicherten Kinder- und Jugendförderung ein.

Am 22. April 2006 sammelte der SPD-Ortsverein Südstadt auf dem Severinskirchplatz Unterschriften für die Volksinitiative „Jugend braucht Vertrauen“. „Das Interesse an der Initiative war sehr groß“, berichtete Walla Blümcke, die die Aktion im Ortsverein angeregt hatte. „Viele Bürgerinnen und Bürger waren überrascht und besorgt über die geplanten Kürzungen im Jugendhilfebereich in NRW, so dass wir in kurzer Zeit über 150 Unterschriften sammeln konnten“, so Blümcke weiter.

Der Landeshaushalt 2006, der am 17./18. Mai verabschiedet werden soll, sieht vor, die gesetzlich vorgeschriebene Förderhöhe von 96 Millionen Euro für die Kinder- und Jugendarbeit in NRW außer Kraft zu setzen. Stattdessen sollen nur noch 75 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Damit begeht die schwarzgelbe Landesregierung eindeutig ei-

nen politischen Wortbruch. Noch im Vorfeld der Landtagswahl 2005 hatten sich sowohl CDU als auch FDP für das bestehende Gesetz und die darin festgelegte Förderhöhe ausgesprochen.

Das wurde schon erreicht: Die Politiker müssen nochmal diskutieren

Deshalb hatte die Volksinitiative „Jugend braucht Vertrauen“ alle wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger in NRW bis zum 5. Mai aufgerufen, sich gegen diese Kürzungs-politik auszusprechen. Die für den Erfolg der Volksinitiative notwendigen 0,5 Prozent der Wahlberechtigten sind auf jeden Fall erreicht worden.



Das heißt: Der Landtag muss sich erneut in einer öffentlichen Sitzung mit dem Thema der Mittelkürzung für die Kinder- und Jugendhilfe auseinandersetzen.

Informationen zur Volksinitiative gibt es unter: www.volksinitiative-nrw.de

Zur Schule in den Volksgarten?

SPD-Ortsverein Südstadt diskutiert über die Nutzung des Betriebshofgeländes am Vorbergswall

Die Michaelischule, die zurzeit in der Loreleystraße untergebracht ist, möchte im Volksgarten ein neues Gebäude errichten. Nach Ansicht der Verwaltung wäre dafür ein 5.400 Quadratmeter großes Grundstück neben dem Katholischen Kindergarten geeignet, auf dem sich ein verwaister Betriebshof der Stadt Köln

(Vorgebirgswall 4-8) befindet.

Für die Nutzung dieses Geländes durch die freie Waldorschule Michaeli sprechen einige Argumente: Die Stadt braucht den Betriebshof nicht mehr und müsste ihn ohnehin demnächst auf eigene Kosten wegen Baufälligkeit abreißen oder sanieren. Zudem ist die Fläche bereits versiegelt, so dass das Grundstück für bauliche Maßnahmen gut geeignet ist. Und auch die Fläche zwischen Vorgebirgswall und Bahndamm, auf der die Schule Parkplätze anlegen will, ist heute nichts weiter als unbenutztes Brombeergestrüpp.

Kosten würden der Stadt keine entstehen. Diese würde die Schule vollständig tragen. Für den Bau soll ein Architektenwettbewerb ausgeschrieben werden. „Das Haus soll sich harmonisch in den Park einfügen, etwa durch begrünte Dächer oder einen Garten als Pausenhof“, ist sich Sigfried Cremers, Lehrer und Mitglied im Baukreis der Schule, seiner gestalterischen Verantwortung bewusst.

Gefahr oder Chance?

Der Vorschlag über einen Schulbau im Volksgarten wurde im SPD-Ortsverein Südstadt intensiv und kontrovers diskutiert. Die einen sahen in der Nutzung des brach liegenden Geländes eine Möglichkeit, die Attraktivität des Volksgartens zu vergrößern. Andere dagegen hatten Bedenken, dass ein Neubau im Volksgarten dazu führen könnte, dass auch weitere Gebäude dort errichtet werden. Dies würde die Funktion des Volksgartens als Parkanlage gefährden.

Bedingungen für den Neubau der Schule

Einig war man sich in der intensiven Diskussion darüber, dass ein Schulbau nur dann in Frage kommt, wenn drei Bedingungen erfüllt sind:

1. Die verlorengelassene Grünfläche (Parkplatz) muss innerhalb des Volksgartens ausgeglichen werden. Hierfür bietet sich der zweite Betriebshof rund um die Orangerie an, der von der Stadt ebenfalls nicht mehr benötigt wird. Diese Fläche könnte entsiegelt und den Bürgerinnen und Bürgern als Parkanlage zugänglich gemacht werden.

2. Die Grundstücksgrenzen müssen im Vertrag strikt festgeschrieben werden. Eine zukünftige Erweiterung muss ebenfalls vertraglich ausgeschlossen werden. Der Schule muss klar sein, dass sie sich bei späterem zusätzlichem Platzbedarf einen völlig neuen Standort suchen muss.

3. Das Grundstück wird nicht an die Schule verkauft, sondern nur verpachtet, so dass das Grundstück nach 80 Jahren wieder an die Stadt zurückfällt.

„Ich denke, dass auf diese Weise der Volksgarten insgesamt gewinnen würde – obwohl ja jeder spontan widersprechen möchte, wenn man hört, dass jemand eine Schule im Volksgarten bauen will“, erklärt Eva Bruch, Vizevorsitzende des Bauausschusses und stellvertretende Vorsitzende im SPD-Ortsverein Südstadt. „Die ohnehin unattraktive und kaum als Park genutzte Ecke am Bahndamm kann durch ein ansprechendes Gebäude nur gewinnen. Und mit der Entsiegelung des Geländes rund um die Orangerie wäre viel für den Park gewonnen“, meint auch Karl-Heinz Walter, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Südstadt.

Ganztags in die Grundschule

Spannende Diskussionen bei der Veranstaltung der „Lobby für die Südstadt“

Rund 25 Bürgerinnen und Bürger haben Ende März das Angebot der „Lobby für die Südstadt“ wahrgenommen und intensiv mit Fachpolitikern über das Thema Ganztagsgrundschule diskutiert. Dr. Norbert Reichel vom NRW-Ministerium für Schule und Weiterbildung stand von Seiten des Landes Rede und Antwort und für die Stadt Köln nahm der Schul- und Jugenddezernent Guido Kahlen an der Veranstaltung teil.

Eltern haben großes Interesse

Fünf der sechs Grundschulen in der Kölner Südstadt bieten zurzeit die Offene Ganztagsgrundschule an - mit unterschiedlichen Kooperationspartnern und unterschiedlichen Erfahrungen.



Einigkeit herrschte allerdings bei allen Schulleiterinnen und Erzieherinnen, die sich an

der Diskussion beteiligten, dass das Angebot ausgebaut werden muss. Die Nachfrage von Seiten der Eltern ist mittlerweile so groß, dass die bestehenden Plätze bei weitem nicht mehr ausreichen.

Keine optimale Qualität, weil das Geld fehlt

Doch genau hierbei haben die Schulen die größten Probleme. Es fehlt sowohl an Platz als auch an Personal. Die Gelder, die den Schulen für ihre Nachmittagsangebote zur Verfügung stehen reichen nicht aus, um allen Kindern einen Platz im Offenen Ganz-

tagsbereich anzubieten. Darüber hinaus leidet die Qualität der Ganztagsbetreuung an den knappen finanziellen Mitteln. In den Ganztagsgruppen kann kein ganzheitliches Tagesprogramm angeboten werden, da dafür die räumlichen und personellen Mittel fehlen. Zudem wechselt das Personal in der Nachmittagsbetreuung häufig, da es sich oft nur um geringfügige Stellen ohne Perspektive handelt. Dies geht natürlich zu Lasten der Kinder, die dadurch keine festen Bezugspersonen haben.

Ganztagschulen – ein Zukunftsmodell

Die Kritik seitens der Eltern, Lehrer und Erzieher stieß bei den beiden Referenten auf großes Interesse. Viele Missstände in Bezug auf die räumliche und finanzielle Ausstattung der Schulen führte Guido Kahlen auf die Politik der schwarz-grünen Regierung in Köln zurück. Die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel für den Ausbau der Ganztagsgrundschulen wurden nämlich bis zum Regierungswechsel im Herbst 2004 von der Stadt nicht beantragt. Erst mit dem Regierungswechsel im Rat wurde die Notwendigkeit der Ganztagsbetreuung wieder ernsthaft diskutiert und die Fördermittel beim Bund abgerufen.

Klar war nach der Veranstaltung, dass im Bereich Ganztagsgrundschule noch viel zu tun ist – vor allem von Seiten der Politik. Ohne das enorme freiwillige und ehrenamtliche Engagement von Eltern und Lehrern wäre nämlich das Angebot an Ganztagsplätzen in der Kölner Südstadt nicht so groß. Und dass die Nachfrage nach diesen Plätzen das Angebot übersteigt zeigt, dass Ganztagschulen das Modell der Zukunft sind. Und genau darin sollte die Politik investieren.

Ortsverein unterwegs

SPD-Ortsverein Südstadt zu Gast im Kinder- und Jugendzentrum GOT in der Elsaßstraße

Am 22. März 2006 war der SPD-Ortsverein mal wieder im Veedel unterwegs.



Die monatliche Vorstandssitzung wurde mit einem Besuch im Kinder- und Jugendzentrum GOT in der Elsaßstraße verknüpft. Markus Heuel, der Leiter

der Caritas-Einrichtung, empfing die SPD´ler herzlich und berichtete ausführlich über die Arbeit in seiner Einrichtung.

Täglich kommen mehr als 100 Kinder und Jugendliche zwischen sieben und 20 Jahren in die GOT. Insgesamt besuchen rund 200 Kinder und Jugendliche regelmäßig die Einrichtung in der Elsaßstraße. Hier können sie sich nicht nur sportlich beim Basketball, Kicker, Billard oder Tischtennis austoben, sondern auch Kochen, Basteln, DVD gucken oder Computer spielen.

Hilfe beim Start ins Berufsleben

Seit September 2005 ist in dem frisch und liebevoll renovierten Gebäude in der Elsaßstraße zudem ein Jugendbüro für Arbeit und Beruf eingerichtet worden. Hier erhalten Jugendliche eine professionelle Unterstützung beim Übergang von der Schule in das Berufsleben. Gemeinsam entwickeln die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit den Jugendlichen berufliche Perspektiven, helfen bei der Berufswahl und unterstützen die jungen Leute im oft sehr schwierigen Bewerbungsverfahren.

„Unsere Betreuung sollte erst am Nachmittag beginnen“

„Es fehlt uns finanziell an allen Ecken und Enden. In Köln müssen wahrscheinlich demnächst wieder sechs weitere Jugendzentren, die alle dringend gebraucht werden, schließen“, berichtet Markus Heuel über die schwierige Situation der Kinder- und Jugendzentren in Nordrhein-Westfalen. Im Gegensatz zu den desolaten finanziellen Voraussetzungen, sieht Heuel aber im Ausbau der Ganztagschulen keine Gefahr für seine Einrichtung. „Den Trend hin zu Ganztagschulen begrüße ich sehr. Unsere Betreuung sollte ohnehin erst am Nachmittag beginnen“, so Markus Heuel.

Weitere Informationen zur GOT Elsaßstraße erhalten Sie bei: Caritas Jugendbüro Südstadt, Markus Heuel, Elsaßstraße 43, 50677 Köln, E-Mail: jugendbuero@caritas-koeln, Tel.: 0221/3376662.

Spende für die Interessengemeinschaft "Bestattung obdachloser Menschen"

SPD-Ortsverein Südstadt spendete 550 Euro

Der SPD-Ortsverein Köln-Südstadt hat im vergangenen Jahr 550 Euro für die Interessengemeinschaft „Bestattung obdachloser Menschen“ gesammelt.



Die Einnahmen der unregelmäßig stattfindenden Flohmarktstände des Ortsvereins auf dem Severinskirchplatz wurden zugunsten der Interessengemeinschaft gesammelt.

Ende Januar übergab der Ortsvereinsvorsitzende Karl-Heinz Walter auf dem Südfriedhof den Scheck an den Vorsitzenden der Interessen-

gemeinschaft, Thomas Kremer. Dieser freute sich sehr über die finanzielle Hilfe des SPD-Ortsvereins.

Neue Mehrheit im Stadtrat

Rot und Grün wollen eine nachhaltige und verlässliche Stadtpolitik

Seit Mitte März steht sie: die Kooperation zwischen SPD und Bündnis 90 / Die Grünen im Rat der Stadt Köln. Am 17. März wurde die Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Nachdem die „Große Koalition“ zwischen CDU und SPD im November zerbrochen war, gibt es jetzt wieder ein Kernbündnis.

Kleiner Schönheitsfehler: Rot und Grün haben zusammen zwar die Mehrheit in allen Ausschüssen, wo



Stadträtin
Eva Bruch

vielfach Vorentscheidungen fallen, aber nicht im Rat. Hier wird von Fall zu Fall nach Mehrheiten gesucht – oft stimmt die FDP rot-grünen Vorhaben zu, aber auch die Linke/PDS und CDU können sich unseren Argumenten nicht immer verschließen. Nach wie vor ist

die Kooperationsvereinbarung auch für die FDP offen. Es ist zu wünschen, dass sich die aufgeschlossene Kölner FDP von dem ideologisch motivierten Veto der Landes-FDP freimachen kann.

Wechselnde Mehrheiten zum Wohl der Stadt

„Für uns Ratsmitglieder erleichtert die neue Konstellation die Arbeit enorm“, erklärt Stadträtin Eva Bruch. Schon zu Zeiten der Koalition mit der CDU war klar, dass an vielen Punkten die inhaltliche Nähe zu den Grünen größer ist. Außerdem ist die CDU-

Ratsfraktion genauso zerstritten wie die Kölner Partei. „Vereinbarungen mit CDU-Kollegen galten am nächsten Tag schon nichts mehr. Wichtige Themen konnten nicht entschieden werden, und sogar im Koalitionsvertrag vereinbarte Initiativen wie die zum Wohnungsbau in Köln wurden von Teilen der CDU hintertrieben“, so Ratsherr Karl-Heinz Walter.

Wenn man sich das noch einmal vor Augen führt, bieten die wechselnden Mehrheiten rund um ein stabiles und verlässliches Kernbündnis SPD-Grüne eine echte Chance für die Stadt.



Stadtrat
Karl-Heinz Walter

Wie der Kölner SPD-Parteichef Jochen Ott sagte: „Es ist höchste Zeit, die Chaotisierung der Kölner Kommunalpolitik durch die CDU zu beenden. Das Kernbündnis ist jetzt – wie schon in den vergangenen Monaten – der neue Taktgeber im Rathaus.“

Kooperationsvertrag erkennt die Unterschiede an

Und warum gibt es dann nur eine „Kooperation“ und keine „Koalition“? Weil SPD und Grüne nur zu genau wissen, dass es einzelne Themen gibt, bei denen sie tiefe Gräben voneinander trennen. Dies betrifft vor allem die Abwägung zwischen Arbeitsplätzen und Umweltbelangen: Stichworte sind der Flughafen und der Godorfer Hafen. Der Kooperationsvertrag zwischen Rot und Grün lässt ausdrücklich zu, dass die Fraktionen zu einzelnen Themen, für die keine gemeinsame Position erreichbar ist, unterschiedlich abstimmen.

Die Kooperationsvereinbarung ist sehr konkret und umfassend: ein detailliertes Arbeitsprogramm für die Jahre bis 2009. Schwerpunkte sind

die Schaffung von Arbeitsplätzen, eine plan- und maßvolle Stadtentwicklung, der Ausbau von Betreuungsangeboten für Kinder und Jugendliche, und die Stärkung der Stadtteile – das alles unter dem Zwang, die städtischen Finanzen zu sanieren.

Erste Vorhaben bereits umgesetzt

Mit der Umsetzung ist bereits begonnen worden. Beim Wohnungsbau und bei der Offenen Ganztagsgrundschule fanden die rot-grünen Initiativen breite Mehrheiten in den Ratssitzungen. Wenn der Oberbürgermeister sich nun auch noch den neuen Realitäten stellt, dürfte die Zeit, in der Köln für sein kommunalpolitisches Chaos berühmt war, beendet sein.

(Eva Bruch)

Die vollständige Kooperationsvereinbarung kann unter www.spd-koeln-suedstadt.de als pdf-Dokument heruntergeladen werden.

Juso-AG

Der Ortsverein Südstadt hat eine sehr aktive Juso-AG. Regelmäßig treffen sich hier die jungen Genossinnen und Genossen, um sich auszutauschen, politische Stellung zu beziehen oder Veranstaltungen vorzubereiten.



Die Jusos in der Südstadt treffen sich alle zwei Wochen im „Spielplatz“, einer schönen Kneipe in der Südstadt. Zurzeit bestimmt das Thema Bildungspolitik die inhaltliche Arbeit der Juso-AG.

Wer Interesse hat, bei den Jusos mitzumachen, findet die aktuellen Termine immer unter der Terminübersicht auf der Internetseite des Ortsvereins. Und wer sich vorab schon einmal informieren möchte,

kann sich an Tim Cremer, cremer-tim@t-online.de, wenden.

Teilhabe für alle: Barrierefreiheit fördern

Informationen aus dem SPD-Stadtbezirk Innenstadt

In diesem Jahr beschäftigt sich der SPD-Stadtbezirk Innenstadt mit einem aktuellen, zukunftssträchtigen und notwendigen Projekt: Barrierefreiheit. Es geht darum, die Lebensqualität aller Menschen in Köln zu verbessern – dazu gehören auch diejenigen, denen es nicht immer leicht fällt, sich in unserer Stadt zu bewegen: Menschen mit Behinderung, Senioren, aber auch Familien.

Was soll erreicht werden?

Barrierefreiheit ist eigentlich in allen Lebensbereichen ein wichtiges Thema. Täglich werden Menschen von der Teilhabe an der Gesellschaft ausgeschlossen, weil sie Orte nicht erreichen können, Dinge nicht lesen oder hören können. Der Stadtbezirk wird sich zunächst mit dem Schwerpunktthema Barrierefreiheit in der Verkehrspolitik und im Städtebau konzentrieren.

In diesem Bereich will der Stadtbezirk aufklären, Projekte beobachten, an Verantwortliche appellieren und politische Entscheidungen initiieren.

Informationen zu dem Projekt gibt es bei Karl-Heinz Walter, khwkoeln@web.de, Cornelia Dengler, c.dengler@direkte-re.de und Tim Cremer, cremer-tim@t-online.de



§ 4 Barrierefreiheit (BGG NRW)

Barrierefreiheit ist die Auffindbarkeit, Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der gestalteten Lebensbereiche für alle Menschen. Der Zugang und die Nutzung müssen für Menschen mit Behinderung in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe möglich sein; hierbei ist die Nutzung persönlicher Hilfsmittel zulässig. Zu den gestalteten Lebensbereichen gehören insbesondere bauliche und sonstige Anlagen, die Verkehrsinfrastruktur, Beförderungsmittel im Personennahverkehr, technische Gebrauchsgegenstände, Systeme der Informationsverarbeitung, akustische und visuelle Informationsquellen, sowie Kommunikationseinrichtungen. Bei baulichen Anlagen sollten hier besonders Menschen mit Hör- und Sehbehinderungen, Mobilitätseinschränkungen sowie Blinde berücksichtigt werden. Dazu gehören natürlich auch alte Menschen, Kinder und Personen mit Kleinkindern.

Termine**17. Mai**, 20.00 Uhr**Es bewegt sich was! „Barrierefreie Innenstadt“**

Veranstaltung des SPD-Stadtbezirk Köln-Innenstadt: (Nähere Informationen s. Artikel „Teilhabe für alle: Barrierefreiheit fördern“ in dieser Ausgabe)

Ort: SPD Bezirksvertretungsfraktion, Laurenzplatz 1-3, 5. Etage, Raum 505

18. Mai, ab 20:00 Uhr**Juso-AG**

Ort: „Spielplatz“, Ubierring 58
50678 Köln, www.spielplatz-lokal.de

21. Mai, ab 11.30 Uhr **Wahlkreisempfang von Lale Akgün, MdB, und Ingrid Hack, MdL**

Ort: Berufsförderungswerk Michaelshoven, Sürther Str. 171, 50999 Köln

28. Mai, ab 10:00 Uhr**Oswald-Hirschfeld-Lauf und Sommerfest der KölnSPD**

Ort: Kahnweiher im Blücherpark

Es werden verschiedene Streckenläufe angeboten (5 km oder 10 km, mit oder ohne Zeiterfassung) bei niedrigen Startgeldern (Schüler + Studenten € 3) und (hoffentlich) schönem Wetter. Zudem findet im Anschluss das Sommerfest der KölnSPD statt.

13. Juni 2006 (19:30 bis 22:00 Uhr)**Sitzung des Ortsvereinsvorstandes**

Die Sitzungen des Ortsvereinsvorstandes Köln-Südstadt sind in der Regel parteiöffentlich. Interessierte Mitglieder des Ortsvereins sind jederzeit willkommen! Informationen bei Karl-Heinz Walter, khwkoeln@web.de

21. Juni und 23. August, ab 19:30 Uhr
Neumitgliederstammtisch der KölnSPD

Ort: 50676 Köln, Brauhaus Reissdorf, Kleiner Griechenmarkt 40

Neu in der SPD? Du weißt noch nicht, wo Du was machen kannst? Wer ist für Dich der richtige Ansprechpartner, wenn Du Dich im Ortsverein engagieren willst oder zu bestimmten Themen intensiver mitarbeiten möchtest? Diese und natürlich all Deine Fragen kannst Du in gemütlicher Atmosphäre bei einem leckeren Kölsch klären. Komm doch einfach zum Neumitgliederstammtisch der KölnSPD. Wir freuen uns darauf, Dich dort zu sehen!

Impressum:

„Südwärts“ wird vom SPD-Ortsverein Köln-Südstadt herausgegeben.

V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Walter,
Ubierring 37, 50678 Köln, E-Mail:
khwkoeln@web.de

Redaktion:

Bianca Fornoff, b.fornoff@web.de
Eva Bruch, Bruch.eva@bcg.com

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion bzw. des Ortsvereins Köln-Südstadt wieder.